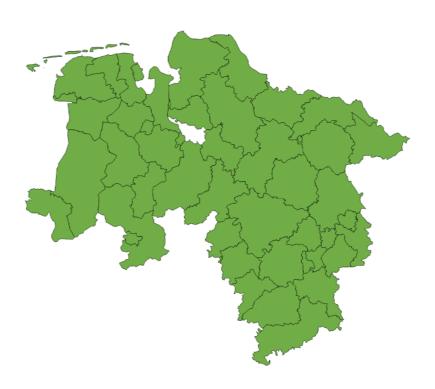
## Die Präsidentin des Niedersächsischen Landesrechnungshofs

- Überörtliche Kommunalprüfung -



# Kommunalbericht 2018



## Kommunalbericht

## der

## Präsidentin

des Niedersächsischen Landesrechnungshofs

- Überörtliche Kommunalprüfung -

2018

### Übersandt an

- Nds. Landtag
- Nds. Landesregierung
- Nds. Landkreistag
- Nds. Städtetag
- Nds. Städte- und Gemeindebund

#### Herausgeberin:

Die Präsidentin des Nds. Landesrechnungshofs Justus-Jonas-Str. 4 31137 Hildesheim http://www.lrh.niedersachsen.de



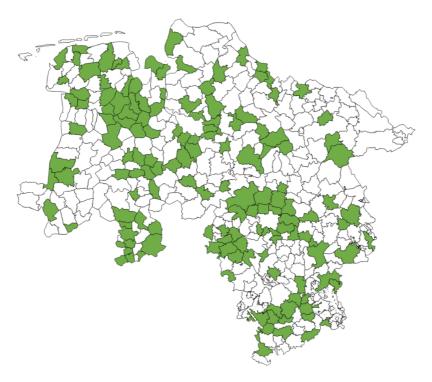
#### Copyright

Die in diesem Bericht enthaltenen Texte, Grafiken und Tabellen unterliegen urheberrechtlichem Schutz und dürfen nur mit Einverständnis weiterverwendet werden. Die von mir erstellten Karten basieren auf den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung 2016 und 2018.

### 5 Prüfungsergebnisse

#### 5.1 Vorbemerkungen

Zu den in diesem Kapitel aufgeführten Themenbereichen sind neben der Region Hannover, neun Landkreisen, dem Bezirksverband Oldenburg und einem Zweckverband 148 Einheits- und Samtgemeinden geprüft worden. Die regionale Verteilung der geprüften Einheits- und Samtgemeinden stellt sich wie folgt dar:



Ansicht 16: Übersicht der geprüften Einheits- und Samtgemeinden

Berücksichtigt wurden nur die Ergebnisse der Prüfungen, bei denen die geprüften Einrichtungen ausreichend Gelegenheit hatten, zum Entwurf der Prüfungsmitteilung Stellung zu nehmen. Erkenntnisse aus durchgeführten Prüfungen, die diesen Sachstand zum Zeitpunkt der Berichtserstellung nicht aufwiesen, wird der Kommunalbericht 2019 enthalten.

Der Großteil der vergleichend angelegten Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen ging der Frage nach, welche finanziellen Risiken in Kommunen bestehen könnten. "Die überörtliche Kommunalprüfung deckt Fehlentwicklungen und Risiken für die kommunale Selbstverwaltung im Generellen und im Regionalen auf und bewertet Abwehrstrategien." So lautet eines der strategischen Ziele der überörtlichen Kommunalprüfung. Dieser Ausrichtung folgte die überörtliche Kommunalprüfung, indem sie auf die Risiken bei der Kindertagesstättenfinanzierung bei freien Trägern, auf die Aspekte der

Finanzielle Risiken Kassensicherheit und auf die Risiken bei der Informationssicherheit einging. Auch kostenintensive Bereiche wie die Instandhaltung der Kanalisation, die Bauhöfe, die Bauinvestitionen und die Erschließungsverträge betrachtete die überörtliche Kommunalprüfung in diesem Zusammenhang.

Prüfung einer Fachaufgabe Die Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung zu Kommunalwäldern beschäftigte sich mit der wirtschaftlichen Erledigung einer konkreten Fachaufgabe.

Rechnungsprüfungsämter Eine weitere Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung befasste sich mit der Aufgabenwahrnehmung der Rechnungsprüfungsämter.

Handreichung Auf der Grundlage der Ergebnisse aus der Prüfung zur Bewilligung einer Schulbegleitung entwickelte die überörtliche Kommunalprüfung eine Handreichung, die den Kommunen ihre Aufgabenerledigung erleichtern soll.

Ordnungsmäßigkeit Eine weitere Prüfung legte ihren Fokus darauf, ob die Kommunen die Rechtsvorschriften beachteten. Bei dieser Prüfung handelte es sich entsprechend dem gesetzlichen Auftrag der überörtlichen Kommunalprüfung um eine Ordnungsmäßigkeitsprüfung.

Interkommunaler Vergleich berücksichtigt kommunale Entscheidungsspielräume Der interkommunale Vergleich erfordert, die unterschiedlichen Strukturen der niedersächsischen Kommunen und örtliche Besonderheiten in einer vergleichenden Betrachtung zu berücksichtigen. Die in den Prüfungen verwendeten Vergleichskennzahlen sind geeignet, diesen Anforderungen ausreichend gerecht zu werden. Auch würdigt die überörtliche Kommunalprüfung die Entscheidungsspielräume der kommunalen Selbstverwaltung, wenn und soweit der rechtliche Rahmen kommunales Ermessen einräumt. Dies gilt auch für die Fälle, in denen die überörtliche Kommunalprüfung das Aufstellen und Pflegen von Katastern und Konzepten empfiehlt, die die kommunale Entscheidungsfindung unterstützen können. Allerdings kann der kommunale Entscheidungsspielraum durch eine fehlende finanzielle Leistungsfähigkeit eingeschränkt sein.